

Dresdener Volkszeitung

Postamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. H. Schönlank, Dresden.
Verantwortl. Red. H. O. Drescher,
Herrnstraße 10, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Porto: 10 Mark für ein Jahr, 5 Mark für sechs Monate, 2 Mark für drei Monate. Einzelhefte 10 Pfennig. Auslandsendung 1 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig.

Schriftleitung: Weimarer Platz 10, Dresden. Telefon Nr. 2521. Ezech-
künde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Weimarer Platz 10, Dresden. Telefon Nr. 2521 und 1277.
Verlagszeitung von 1893 bis 1918.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte
10 Pfennig, die 50 mm breite Monatshefte 20 Pfennig, für auswärtige
Abonnenten 40 Pfennig und 2.50 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig und 20
Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig.

Nr 229

Dresden, Freitag den 30. September 1927

38. Jahrg.

Einseitige Amnestie

D. München, 29. September. (Fig. Trahtl.)

Aus zuverlässiger Quelle erfährt der Korrespondent des „Dresdener Volksblattes“, daß sich unter den aus Anlaß der Dindenburg-Amnestie begnadigten Schwerverbrechern in Bayern auch jener Professor Georg Jäger befindet, der im Juli 1921 wegen vorbereitenden Mordversuchs vom Münchner Volksgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden ist. Jäger hatte mit drei weiteren Angeklagten in enger Zusammenarbeit mit dem Franzosen Riebert, einem Verurteilten des Attentats auf Poincaré, im Herbst 1922 die gewalttätige Zerschlagung der bayerischen Verfassung, die Vorsehung Bayerns vom Reich unter gleichzeitiger politischer und wirtschaftlicher Annäherung an Frankreich und die Zerschlagung des Reiches betrieben. Der Prozeß, der drei Wochen lang in München abgehalten wurde, hat eine Zeit lang einen sehr lebhaften Eindruck auf die bayerische Bevölkerung hinterlassen. Die Amnestie, die im Juli 1927 für die in Bayern verurteilten Schwerverbrecher erlassen wurde, hat für Jäger, der unter dem Deckmantel „Kampf gegen den Polizeistaat“ mit französischem Geld und französischer Hilfe die deutsche Republik auszunutzen suchte, einen sehr lebhaften Eindruck hinterlassen. Die Amnestie, die im Juli 1927 für die in Bayern verurteilten Schwerverbrecher erlassen wurde, hat für Jäger, der unter dem Deckmantel „Kampf gegen den Polizeistaat“ mit französischem Geld und französischer Hilfe die deutsche Republik auszunutzen suchte, einen sehr lebhaften Eindruck hinterlassen.

Die Schwarzweihroie Parteifache

D. Berlin, 30. September. (Fig. Junkspruch.)

Der Reichstag von Berlin hat seine Vorlage über die Dindenburg-Amnestie zurückgegeben, nachdem festgestellt wurde, daß die Berliner Sozialdemokraten keine Mehrheit für die Amnestie bilden können. Die Berliner Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat sich dem Standpunkt angeschlossen, daß die Amnestie nur dann erlassen werden sollte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr möglich sei. Infolgedessen soll die Zustimmung nicht durchgeföhrt werden, daß eine große Anzahl Arbeiterparteimitglieder die erhobene Wahlkampfkampagne von 300 Wähler gewöhnt werden sollen.

Die Verhöhnung und die Antwort

D. Berlin, 30. September. (Fig. Junkspruch.)

Der Reichstag von Berlin hat seine Vorlage über die Dindenburg-Amnestie zurückgegeben, nachdem festgestellt wurde, daß die Berliner Sozialdemokraten keine Mehrheit für die Amnestie bilden können. Die Berliner Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat sich dem Standpunkt angeschlossen, daß die Amnestie nur dann erlassen werden sollte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr möglich sei. Infolgedessen soll die Zustimmung nicht durchgeföhrt werden, daß eine große Anzahl Arbeiterparteimitglieder die erhobene Wahlkampfkampagne von 300 Wähler gewöhnt werden sollen.

Nach Sessen!

In der Donnerstagsitzung des Reichstages hat die Sozialdemokratische Partei ihre Vorlage über die Dindenburg-Amnestie zurückgegeben. Die Sozialdemokraten haben ihre Vorlage zurückgegeben, nachdem festgestellt wurde, daß die Berliner Sozialdemokraten keine Mehrheit für die Amnestie bilden können. Die Berliner Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat sich dem Standpunkt angeschlossen, daß die Amnestie nur dann erlassen werden sollte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr möglich sei. Infolgedessen soll die Zustimmung nicht durchgeföhrt werden, daß eine große Anzahl Arbeiterparteimitglieder die erhobene Wahlkampfkampagne von 300 Wähler gewöhnt werden sollen.

Lehren des Wiener Bluttages

A. Wien, 29. September. (Fig. Trahtl.)

Auf dem Verbandstage der Metallarbeiter am Donnerstag der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Otto Bauer ein Referat über die politische Lage, wobei er sich namentlich mit dem 15. Juli 1927 auseinandersetzte. Er führte aus, daß die österreichische Sozialdemokratie durch die dreijährige Krise politisch, moralisch, sondern stärker geworden ist. Das Ziel der Sozialdemokratie habe sich in der Zwischenzeit eine Einheitlichkeit verschaffen, die es sonst nirgends auf der Welt zu finden gäbe. Die Folge sei ein Sieg der Sozialdemokratie gewesen.

Am Freitag, dem 15. Juli, mit seinen traurigen Ereignissen. Was leben wir in diese Ereignisse? Während wir auf dem Boden der Demokratie selbst in der härtesten Krise erlitten haben, existieren wir in dem Augenblick, wo auch nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse sich verselbstlichtet, die demokratische Demokratie zu verlieren und an die Gewalt zu appellieren, eine Niederlage. Wir werden uns die Kommunisten vor, wir hätten Gewalt an Gewalt beantwortet, und sie meinen, die Internationale hätte uns zur Seite gestanden, wie sie ja auch in der Wiener Krise und Banquet einmütig protestiert habe. Es wäre schön ein Kampf um Leben und Tod geworden, und die Kommunisten haben Recht, die Internationale hätte erlitten können, aber das hätte uns nicht mehr geholfen. Wir sind dem Kampfe auszuweichen. Das hat die Gegner ermutigt, und namentlich auch die kommunistischen Organisationen in der Bourgeoisie. Wir leben die kommunistische Solidarität der bekämpften Klassen, wir leben, daß wir wieder hier fühlen, und wir leben, daß es auf der Welt keine Kräfte gibt, die nichts schuldlicher wünschen, als die Arbeiter zu Unbelohnenheiten zu verleiten und die Entscheidung auf einem Kampfplatz zu prozessieren, der ihnen als der einzige erscheint. Der 15. April war der Sieg der Arbeiter, der 15. Juli, mit einem kleinen Abweichen zur Gewalt, war ein Rückschlag für den Sozialismus. Es wäre die größte Torheit, wenn wir nicht die Kräfte aufsuchen, den Arbeitern diese Situation klar zu machen, wenn klar zu machen, daß wir uns nicht dort auflösen lassen dürfen, wo uns die Gegner hin haben wollen. Wir müssen die Arbeiter an dem Beispiel des 15. Juli klar machen, daß nicht eine kleine Gruppe von ein paar hundert oder auch ein paar tausend Leute die ganze Arbeiterklasse in einen Kampf verwickeln kann, der dann eine Schande für die gesamte Arbeiterklasse bedeuten könnte.

Wir werden in Zukunft auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete mehr Einheitsfront des Kampfes brauchen als bisher. Die kommunistischen Elemente und die Arbeiter müssen erkennen, daß die Gewalt uns nicht weiter bringt. Vor allem aber die Arbeiter müssen erkennen, daß wir in den nächsten Jahren nicht die Gewalt brauchen, sondern daß wir an Herz und Niere der Menschen appellieren müssen. Wir sind in der Krise vorwärts maršiert. Es müßte mit dem Leibel gegeben, wenn wir jetzt, wo es wieder aufwärts geht, nicht noch mehr vorwärts kommen könnten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Militärische Rebellionen in Frankreich

P. Paris, 30. September. (Fig. Junkspruch.)

In dem Militärgefängnis von Toulon haben sich am Donnerstag wieder schwere Unruhen ereignet. Einem Tugendstrafgefängnis gelang es, sich mit allerhand Gegenständen, wie Eisenstangen usw., zu versehen und damit die Türen aufzubrechen und etwa 100 andere militärische Gefangene zu befreien. Diese Gefangenen sind die Marine. Die Rebellen haben sich dann über die Küsten der Provence hinaus verbreitet und die Küstenstädte von Cannes bis zu den beiden Seiten der Schiffe hielten, wobei der Aufstand niedergeschlagen wurde. Durch die Schiffe waren mehrere hundert Rebellen angeklagt worden. In den Abendstunden versuchten etwa 1000 Kommunisten in das Gefängnis einzudringen, wobei es zu Zusammenstoßen mit der Polizei kam. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Erst in der Nacht konnte die Polizei den Platz vor dem Gefängnis räumen. Die Gefangenen wurden in ein anderes Gefängnis in einem Fort von Toulon gebracht.

Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich in Casablanca, wo algerische und marokkanische Soldaten sich weigerten, den Befehl eines Offiziers auszuführen, wobei es zu einem großen Meuterei kam. Etwa 50 der eingeschlossenen Soldaten fielen über den Offizier und dann über die Wache her. Die Meuterei drangen in das Militärgefängnis und befreiten zahlreiche Gefangene. Als jedoch die Polizei eintraf, ergaben sich die Aufständischen. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Auch hier versammelte sich eine große Menschenmenge, die für die eingeschlossenen Soldaten Partei ergrieff.

Die Kriegsschuldfrage

Es gibt kein deutsches Schuldkenntnis im Versailler Vertrag

Von Dr. C. Rierendorf, Berlin

„Mit Schweigen, Rufe, treibe Politik!“
(Schafepoete, König Heinrich VI.)

Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage ist ein Kampf gegen den Artikel 231, den sogenannten Schuldigenparagrafen, des Versailler Vertrages. Wenn Dindenburg unter tosendem Beifall der Schwarzweihroie Presse in Tannenberg seine Tiraden vom Stapel ließ, die ihm Graf Westarp angelehnt hat, so zielt das letztlich auf Annulierung dieses Artikels. Ganze Vereine und Arbeitsausschüsse haben die „Deutschnationalen“ gegründet, um gegen die „Verleumdung Deutschlands“ Sturm zu laufen. Schade nur, daß es bei diesem Sturm nicht genau so wie bei allen deutschen nationalen Aktionen liegt; es freihen die Verge und eine Maus kommt zur Welt! In der Tat, es wäre lächerlich, wenn es nicht auf der anderen Seite so traurig wäre. Die Schuldigenparagrafen verlangen Wiederrufung, Aufhebung, Zurücknahme des Schuldigenparagrafen. Die genaue Unterlegung aber hat langit ergeben, daß im Artikel 231 nichts von einem deutschen Schuldkenntnis im Sinne der „Kriegsschuldfrage“, d. h. der deutschen Ueberantwortung an Weltfriede, enthalten ist. Es gibt überhaupt kein deutsches Schuldkenntnis im Versailler Vertrag! Der Umstand, daß durch Dindenburgs Schuldigenparagrafen in Tannenberg ein Sturm entfachen konnte, der die dreißig-jährigen Verhandlungsbemühungen mit einem Schlag zu versteinern drohte, macht es nötig, diesen Gesichtspunkt erneut in Erinnerung zu bringen.

„Wir bitten hiermit den Nachweis erbracht zu haben, daß der Artikel 231 des Versailler Vertrages nicht enthält, wodurch Deutschland die ausschließliche Schuld am Zustandekommen des Weltkrieges zugewiesen wird. Man braucht sich also in Deutschland nicht darüber zu belegen, daß man ein Zugeständnis der Kriegsschuld des eigenen Landes durch Unterzeichnung von Regierungsvorträgen auf sich genommen habe.“

Wer das gekat hat? Es sind zwei amerikanische Professoren, Hines und Mohr von der Unterwelt von London, die auf Grund sorgfältiger Untersuchungen im Herbst 1926 zu diesem Schluss gekommen sind. Die Rede Hines, die am 17. September 1926 in London gehalten wurde, ist im Versailler Vertrag ein deutsches Schuldkenntnis nicht enthalten; Deutschland anerkennt mit Artikel 231 lediglich seine Verantwortung für die Infolge des Krieges (den es erklärt hat) entstandenen Schäden, d. h. Deutschland anerkennt die Pflicht zur Leistung der Reparationen.“

In diesen Vorlesungen ist anzusehen, wie auch das Ausland immer mehr sich zu einer Auffassung bekennt, die die allein richtige und wissenschaftlich vertretbare Interpretation des Artikels 231 ist. Am gründlichsten hat den Beweis schon vor Jahren der sozialdemokratische Außenminister und jetzige Gesandte in Wien, Benoiste de Meiller, geführt. (Deutschland und die Schuldfrage, Berlin 1923.) Seine Schlussfolgerung lautet: „Wir haben im Versailler Vertrag nirgends die Verantwortung für den Krieg und seine Vorbereitung unterzeichnet.“ Und er weist nach, daß es sich im Artikel 231 nicht um einen „Schuldparagrafen“ handelt, sondern um einen „Schuldigenparagrafen“. Es würde zu weit führen, die umfangreiche Beweisführung Hines im Rahmen eines Zeitungsartikels zu wiederholen. Es genügt, daß ihr bis heute noch von keiner Seite widersprochen worden ist. Im Gegenteil, die Zahl der Stimmen, besonders der wichtigen Auslandstimmen, die sich seiner Auffassung angeschlossen haben, ist ständig gewachsen. Wie ist unter diesen Umständen ein solcher Mißbrauch des Artikels 231 möglich? Die haarsträubend schuldige deutsche Ueberlieferung trägt ein gerüttelt Maß Schuld daran. Die erwähnten amerikanischen Historiker haben angesichts der Tatsache, daß die oberflächliche deutsche Ueberlieferung einen Sinn in den Artikel bringt, der, wie sie sagen, „in dem französisch-englischen Originaltext juristisch nicht notwendigerweise gefunden werden muß“, die Ueberlieferung folgende sorgfältige Fassung gegeben:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland anerkennt für sich und seine Verbündeten die Verantwortlichkeit für die Verursachung des gesamten Schadens und Verlustes, den die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, zu dem sie sich durch das Vorkommen Deutschlands und seiner Verbündeten gebrängt haben, aufgebracht worden sind.“

Das ist der wahre Artikel 231, der Schuldparagraf! Wer in aller Welt will daraus noch etwas von Kriegs-„Schuldfrage“ herauslesen? Die wissentlichen Männer von der Schuldigenparagrafen wissen auch sehr wohl, daß sie erledigt sind, wenn die Wahrheit über den Artikel 231 ans Tageslicht kommt. Deshalb haben sie nicht nur mühseliglich zu der miserablen Ueberlieferung geschwiegen, sondern auch noch trotz die Stellung ausgebaut. Um ihre Teile vor der Schuldfrage zu bewahren, haben sie das fragwürdige „Material“ herangeholt: Rote, Ultimaten, Denkschriften, Ansprache von Lloyd George oder Clemenceau, lauter Dinge, die keinerlei Beweiskraft, geschweige diplo-

11450
KLEIN
CH
rine
her-
r Sie
uf-
mit
boten
nie-